

CHRISTIAN SCHICHA

Die Medienberichterstattung über AusländerInnen und das Medienverhalten von Deutsch-Türken in der Bundesrepublik

Negative Merkmale und konstruktive Ansätze in Hinblick auf die Integration

In: Martin K. Schweer (Hrsg.): Die Neue Rechte. Frankfurt am Main 2003, S. 35-58

Einleitung

Im Folgenden soll auf Probleme der Integration von Menschen nicht deutscher Herkunft in der Bundesrepublik Deutschland eingegangen werden. Dabei soll zum einen ein Hauptaugenmerk auf die Medienberichterstattung und Politikeraussagen über Ausländerinnen und Ausländer gerichtet werden. Zum anderen sollen die konkreten Lebensumstände und Medienrezeption der „Betroffenen“ am Beispiel von Deutsch-Türkischen Gemeinschaften skizziert werden. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, welche konkreten Faktoren die Integration fördern bzw. erschweren.

Zum Inhalt dieses Beitrages:

Zunächst werden Tendenzen der massenmedialen Berichterstattung über Ausländer in der Bundesrepublik aufgezeigt, die in vielen Fällen inhaltlich dem integrativen Anspruch der Qualitätsmedien widersprechen.¹

Des Weiteren werden in den Medien artikulierte Politikeraussagen skizziert, die weniger einer sachlichen und differenzierten Haltung zum Thema Zu- und Einwanderung entsprechen, sondern in erster Linie diffamierenden und polarisierenden Mustern folgen.

Im Anschluss daran wird der Blick auf die Perspektive der in Deutschland lebenden Ausländer – besonders die Gruppe der sogenannten Deutsch-Türken – gerichtet. Dabei werden die Lebenszusammenhänge, speziell zum Phänomen der „Parallelgesellschaften“ aufgezeigt, wobei u.a. der Fokus auf das

¹ Das gilt zumindest für die politischen Informationsprogramme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die dem Integrationsprinzip folgen. Dagegen sind die dem Marktmodell folgenden Medien – insbesondere Teile der Printmedien, aber auch die kommerziellen Unterhaltungsprogramme im Fernsehen – diesem Anspruch nicht in dieser umfassenden Form verpflichtet.

Medienverhalten dieser Gemeinschaft gelenkt wird, aus dem sich auch Hinweise für die Integration ableiten lassen.

Schließlich sollen Perspektiven aufgezeigt werden, die im Rahmen der Medienberichterstattung durch Toleranzkampagnen gegen Fremdenfeindlichkeit dazu beitragen können, das Zusammenleben zwischen Deutschen und Menschen nichtdeutscher Herkunft zu verbessern.

Abschließend erfolgen noch einige Anmerkungen zur aktuellen bundesdeutschen Debatte um die Zu- und Einwanderung, da noch in dieser Legislaturperiode ein entsprechendes Gesetz vorgelegt werden soll.

Zunächst jedoch einige allgemeine idealtypische Anforderungen an die demokratiepolitisch-normative Integrationsfunktion der massenmedialen Berichterstattung über Ausländerinnen und Ausländer.

Zu den integrativen Aufgaben der Medienberichterstattung

Den Medien kommt eine zentrale Rolle bei der Konstruktion kultureller Identitäten und der Legitimation kultureller Zugehörigkeit zu. Für die Aufnahmegesellschaft haben insbesondere die elektronischen Massenmedien einen erheblichen Anteil an der Prägung der Vorstellungen und des Wissens vom kulturell Anderen und Fremden. Im komplexen Gemeinwesen sorgen sie dafür, dass die Individuen über ihren eigenen Erfahrungshorizont ein Verständnis von der Gesellschaft gewinnen und sich mit ihr identifizieren. Darüber hinaus fungieren die Medien als „Sozialisationsagenten“ (Maletzke 1980, S. 201) neben den traditionellen Instanzen wie Familie, Schule und Peer-Groups.

Medien reflektieren nicht nur den sozialen Wandel, sondern beeinflussen gesellschaftliche Realitäten grundlegend, aus denen eine gemeinsame Basis für soziales Handeln entstehen kann. (vgl. Hansen/Lang/Neumann 2001, S. 9, Sarcinelli 1997, S. 403f.). Ohne Massenkommunikation ist letztlich keine kommunikative Integration von Gesellschaften im Modernisierungsprozess möglich (vgl. Saxer 1990).²

² Dabei kann vor allem das „Leitmedium“ Fernsehen als kulturelles Forum die verschiedenen Lebensauffassungen und Lebensstile der Gesellschaft thematisieren und damit öffentlich verhandelbar machen. Indem die Individuen Medienberichte rezipieren und zu ihrer alltäglichen Erfahrung in Beziehung setzen, werden Bedeutungen ausgehandelt, die somit in den kulturellen Diskurs eintreten. Durch die Vermittlung politischer Informationen über die Medien werden Werte, Normen und Rollenmuster der am Diskurs beteiligten Protagonisten präsentiert (vgl. Fiske 1987).

Massenmedien gelten dem idealtypischen Anspruch zufolge als Vermittlungsinstanz zum Verständnis von ökonomischen, politischen und sozialen Zusammenhängen für eine offene, freie und möglichst vollständige Diskussion verschiedener Standpunkte. Mit ihren Mitteln stellen sie Öffentlichkeit her und sorgen für den Austausch von Informationen und Meinungen.

Politische Medien sind für die freiheitliche Demokratie unentbehrlich. Ihre Aufgabe wird darin gesehen, in einem Prozess ständiger geistiger Auseinandersetzung den Widerstreit der Meinungen als schlechthin konstituierendes Merkmal einer freiheitlich demokratischen Staatsordnung zu gewährleisten. Massenmedien, so die grundlegenden Ansprüche, müssen verständlich informieren und verschiedene Standpunkte artikulieren. Freie Kommunikation gewährleistet die Konstituierung des öffentlichen Prozesses in der Willens- und Entscheidungsbildung als Bestandteil der Demokratie für eine kritische Öffentlichkeit. Die politischen Funktionen der Massenmedien lassen sich auf die

- die Informationsfunktion (Nachrichtenvermittlung),
- die Herstellung von Öffentlichkeit (Bereitstellung relevanter Themen für den öffentlichen Diskurs),
- die Sozialisationsfunktion (Vermittlung von Werten),
- die Integrationsfunktion (Suchen gemeinsamer Ziele),
- die Korrelationsfunktion (Meinungsbildung),
- die Artikulationsfunktion (aller gesellschaftlichen Kräfte)
- sowie die Kritik- und Kontrollfunktion

beziehen (vgl. Jarren 2000). Von Interesse ist im Zusammenhang mit den hier gestellten Fragen ist vor allem die Integrationsfunktion. Insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland sah sich seit seiner Gründung vor rund 50 Jahren als Integrationsrundfunk, der dem Allgemeinwohl zu dienen habe. Dabei sollen sowohl die subjektiven Publikumssegmente der Majorität als auch der Minoritäten befriedigt werden. Der Programmauftrag erhielt die gesellschaftspolitische Aufgabe, eine möglichst weitgehende soziale Integration aller Gruppen und Schichten zu erreichen, indem ein chancengleicher Zugang zu den Rundfunkprogrammen und eine Teilhabe aller gesellschaftlich relevanter Gruppen an deren Gestaltung angestrebt wird. Es soll gewährleistet werden, dass auch Minderheiten, u.a. durch eine Darstellung unterschiedlicher Religionen im angemessenen Maße ihre Positionen und Interessen berücksichtigen können. Auch

Minderheitenreligionen soll die Möglichkeit zur Artikulation eingeräumt wird. Dabei stehen vier Ziel- und Mitteldimensionen im Vordergrund:

- „Der Integrationsrundfunk soll die verschiedenen gesellschaftlichen Stimmen zu Worte kommen lassen.
- Der Integrationsrundfunk soll die Gesellschaft in umfassender Weise abbilden.
- Der Integrationsrundfunk soll das Publikum möglichst in seiner Gesamtheit, sowohl individuell als auch als Gruppe, erreichen.
- Dabei soll der Integrationsrundfunk den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und nicht beeinträchtigen.“ (Saxer 1990, S. 720)

Ob sich die Medienkommunikation integrativ oder desintegrativ auswirkt, hängt sowohl von den konkreten Inhalten als auch vom Nutzerverhalten ab, auf das später exemplarisch am Beispiel von deutsch-türkischen Rezipienten eingegangen wird. Zunächst einige Eindrücke über die Qualität der Medienberichte zum Themenkomplex Zu- und Einwanderung.

Medienberichterstattung über Migranten und Migrantinnen

Die Einwanderung von Ausländerinnen und Ausländerinnen in die Bundesrepublik Deutschland und ihre daraus resultierenden Konsequenzen für die Mehrheits- und Minderheitengesellschaft ist nach wie vor ein kontrovers diskutiertes Thema, das zum Teil nicht den Regeln der Sachebene und rationaler Argumentation folgt, sondern auch populistische Motive bedient, da Bedrohungsszenarien entworfen werden, die einer empirischen Überprüfung nicht stand halten.³ Innerhalb der öffentlichen Debatte über Chancen, Risiken und Aufgaben der Migration sind statt wechselseitiger Akzeptanz und dialogischen Strukturen zwischen Aufnahmegesellschaft und Migrantengruppen mitunter auch deutliche Signale von latenter oder offener Ausländerfeindlichkeit zu finden.⁴

In diesem Diskurs bildet die Medienberichterstattung einen eigenen, in seiner Wirkung nicht zu unterschätzenden Faktor. Beim Blick auf die inhaltliche Berichterstattung bundesdeutscher Presseorgane zum Thema Integration fällt

³ Grundsätzlich müssten bei der Bewertung der angesprochenen Entwicklung die Komplexe Einwanderung und Integration analytisch voneinander getrennt werden.

⁴ Dabei wird einer von Butterwegge, Hentges und Sarigöz herausgegebenen Studie aus dem Jahr 1999 zufolge innerhalb der öffentlichen Wahrnehmung häufig übersehen, dass z.B. im Jahr 1997 die Zahl der Abwanderer die Zahl der Zuwanderer um mehr als 20.000 Personen überstieg.

die Bilanz eher negativ aus. In Beiträgen über Menschen nicht-deutscher Herkunft wird nicht nur in den Boulevardblättern diskriminiert, sondern nicht selten auch in den sogenannten Qualitätsmedien.⁵

Insgesamt gelangt Georg Ruhrmann (1999b) zu dem Ergebnis, dass die Medienberichterstattung beim Thema Ausländer überwiegend mit Negativimages operiert und dadurch das Gesamtbild verzerren:

- Berichte über Ausländer und Ausländerinnen werden überproportional häufig mit Straftaten in Verbindung gebracht. Obwohl z.B. nur bei 2% der in Deutschland lebenden Kurden von einer Gewaltbereitschaft ausgegangen werden kann, werden Begriffe, wie „Kurden-Terror“, „Kurden-Krieg“ oder „Terror-Kurden“ geprägt.
- Die sogenannte Ausländerproblematik wird oftmals pauschal als „Türkenproblem“ oder „Asylantenproblem“ gebrandmarkt.
- Kulturelle Folgen weltweiter Wanderungsprozesse werden primär in einer Semantik der Bedrohung zum Ausdruck gebracht.

⁵ Nach einer Untersuchung der Zeitschrift Medien Tenor von 1998 sind in der BILD-Zeitung 44% der Berichte über Ausländer mit einer negativen Konnotation versehen. Ähnliche Zahlen ergeben sich bei der Analyse der Nachrichtenberichterstattung von ARD, ZDF, RTL und SAT 1. Dort spielt die Forderung nach einer Einwanderungsregelung, der Verweis auf ein Integrationsdefizit und die Bedrohung des Islam eine zentrale Rolle. Der SPIEGEL titelte in seiner Ausgabe von (16/1987): „Gefährlich fremd. Ausländer in Deutschland. Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft“. Auf dem Cover der Ausgabe (48/1998) wurde die These formuliert: „Zu viele Ausländer? Sprengsatz für Rot-Grün“. In diesem Artikel wurden rassistische Stereotypen und Klischees formuliert, die pauschal behaupteten, dass Ausländer die Integration ablehnen, die Gesellschaft unterminieren und kriminell seien. Auch der FOCUS (31/1997) titelte zum Schwerpunkt „Kriminalität als Wahlkampfthema“ mit der Überschrift: „Gefährliche Ausländer. Fakten, Daten, Mißstände. So brisant ist die Lage wirklich“. Visuell wurde die Überschrift von einer Pistolenmündung eingerahmt, die direkt auf den Leser gerichtet ist, um in dieser Form das angebliche Bedrohungspotential durch Ausländer und Ausländerinnen zu symbolisieren. An anderer Stelle ist von „Zeitbomben“ bei der Beschreibung jugendlicher Ausländer die Rede. In einer Untersuchung über das Türkei bild in der deutschen Presse im Kontext der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU gelangt Gür (1998) zu dem Ergebnis, dass die Qualitätszeitungen ‚Frankfurter Rundschau‘, ‚Süddeutsche Zeitung‘, ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung‘ und ‚Die Welt‘ sich weniger durch eine Hintergrundberichterstattung auszeichnen würden, sondern übereinstimmend über ereignisbezogene Themen berichtet hätten, denen es an Sachlichkeit und Neutralität mangeln würde. Dazu Ruhrmann (1999a): „Als Resümee bleibt festzuhalten, daß die Medien ein eher negatives Image der hier lebenden Ausländer/innen verbreiten: Wenn überhaupt über ausländische Arbeitnehmer/innen berichtet wird, dann häufig im Zusammenhang mit Kriminalität.“

- Es erfolgt eine Politisierung des kulturellen Unterschieds: Deutlich wird bei allen Formen der Berichterstattung die fehlende Differenzierung nach sozialen Problembeständen. Statt dessen werden Phänomene, wie Terrorismus oder Fundamentalismus mit einer Nationalität bzw. als homogen dargestellten Kultur gleichgesetzt.⁶

Straftaten, die nur von Ausländern begangen werden können (z.B. Passvergehen) werden undifferenziert in die Kriminalstatistik aufgenommen, um die angebliche Affinität zur Kriminalität von Menschen nicht-deutscher Herkunft im Vergleich zu bundesdeutschen Straftätern zu dokumentieren.

Besonders problematisch sind die Vorkommnisse, bei denen Journalisten die Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern durch ihre Berichterstattung zusätzlich schüren. Der Zwang zur Selektion von Nachrichten führt dazu, dass genau die dramatisierenden Bilder gezeigt werden, bei denen wenige Einzeltäter Gewalt – etwa gegen Asylantenwohnheime – ausüben. So kann es wenigen Einzeltätern gelingen, die Medien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und den Eindruck zu erzeugen, dass Deutschland insgesamt fremdenfeindlich und gewaltbereit sei. Obwohl natürlich über solche Verbrechen berichtet werden muss, ist jedoch eine besonders sensible und sorgfältige Form und Gestaltung der Berichterstattung erforderlich, um Ausschreitungen zu vermeiden. Denn Berichte über rassistische Gewalttaten steigern nicht nur Auflagenhöhen und Einschaltquoten von Massenmedien, sondern ermuntern auch Rechtsextremisten, Gewalt gegen Ausländer auszuüben (Vgl. Butterwegge 1999). Derartige Entwicklungen werden zum Teil

⁶ Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt Sarcinelli (1997, S. 417) bei der Analyse der Thematisierung bzw. Nicht-Thematisierung von Multikulturalität in den Medien:

- Nicht die multikulturelle Erfahrung sondern das negative Ausländerbild dominiert die Darstellung in den Medien, wenn u.a. über das „Zuwanderungsproblem“ oder das „Kriminalitätsproblem“ berichtet wird.
- Ausländer und Ausländerinnen fungieren primär als Objekt der Berichterstattung statt als Subjekt politischer Öffentlichkeit. Ihnen fehlen die zentralen Möglichkeiten für eine wirksame Interessenrepräsentanz.
- Innerhalb der Berichterstattung ist ein Sympathiebonus bei ökonomischem Nutzen von Ausländern und Ausländerinnen zu konstatieren. Kulturelle Aspekte werden hingegen kaum erwähnt.
- Bei Berichten über rechtsradikale Anschläge gilt die Sorge weniger den Opfern als vielmehr der Politischen Kultur Deutschlands und dem negativem Eindruck im Ausland.

auch durch polemische, diffamierende und undifferenzierte Äußerungen von Politikern forciert.

Politikeräußerungen im Umgang mit dem Thema Zu- und Einwanderung

Nach wie vor sehen viele Menschen die eigene – vermeintlich überlegene – Kultur als den Mittelpunkt der Welt und Maßstab aller zulässigen Bewertungen an.⁷ Dieser „Ethnozentrismus“ spielt auch bei interkulturellen Begegnungen eine zentrale Rolle. Das Fremde ist nicht nur unbekannt, sondern wird teilweise auch als bedrohlich und unheimlich wahrgenommen (vgl. Maletzke 1996). Die daraus resultierende Fremdenfeindlichkeit lässt sich dadurch charakterisieren, dass eine negative Grundhaltung gegenüber dem Fremden artikuliert wird, die sich durch Vorurteile und die Verwendung von negativen Stereotypen manifestiert. Diese Tendenz ist sowohl in einigen Teilen der deutschen Bevölkerung vorhanden und kommt nicht nur in Medienberichten, sondern auch in Politikeraussagen zum Vorschein.⁸

„Kinder statt Inder“, lautete das Motto des nordrhein-westfälischen CDU-Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers im Landtagswahlkampf 2000 in NRW, dass nach erheblichen Protesten auch aus seiner eigenen Partei zur Leitmaxime „Mehr Ausbildung, statt mehr Einwanderung“ modifiziert worden ist. Hintergrund der Debatte war der Mangel deutscher Computerexperten auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik. Dieses Defizit sollte durch die Auswerbung ausländischer Fachkräfte - u.a. aus Indien - kompensiert werden. Die rechtsextreme Partei „Die Republikaner“ hat das ursprüngliche Motto von Rüttgers dankbar aufgegriffen und die eigenen Plakate mit dem Spruch „Kinder statt Inder“ versehen. Rüttgers erhoffte sich durch die Positionierung der Ausländerthematik Stimmenvorteile, die die CDU im letzten Landtagswahlkampf in Hessen durch eine Unterschriftenaktion gegen mehr Einwanderung bereits erreicht hatte, die bereits durch den aktuellen Ministerpräsidenten des Landes Roland Koch in Form von Warnungen vor einem „unerträglichen Zuwanderungsdruck“ angeheizt worden sind. Aber nicht nur im Wahlkampf, wo inhaltliche Debatten z.T. durch platte Slogans ersetzt

⁷ Vgl. aktuell die kontraproduktiven Bemerkungen des italienischen Regierungschef Berlusconi hinsichtlich seiner pauschal abwertenden Äusserungen gegenüber der islamischen Religion und Kultur nach den Terroranschlägen auf Amerika am 11.9.2001.

werden, finden fremdenfeindliche und polarisierende Aussagen von Politikern statt.⁹

Die Verwendung von Naturmethaphern stellt weiterhin eine beliebte Strategie dar, um eine Bedrohung durch Zuwanderung zu suggerieren. Der Unionspolitiker Wolfgang Schäuble bezeichnet die Zuwanderung am 26.11.1990 als „Asylantenflut“, während Erich Riedel (CSU) am 16.4.1992 in der Süddeutschen Zeitung ein „volles Boot“ durch „Scheinasylanten“ konstatiert, dass bereits „überlaufe“. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Rolf Olderog sprach in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 4.10.1985 von „internationalen Flüchtlingsströmen“. Sieben Jahre später hat der SPD-Politiker Georg Kronawitter am 7.9.1992 in einem Spiegelgespräch davor gewarnt, dass „Millionen Ausländer ungeordnet in unser Land fluten.“

Es sollte jedoch nicht übersehen werden, dass der überwiegende Anteil von Politikeraussagen eine differenzierte und reflektierte Form der Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex „Zu- und Einwanderung“ beinhaltet.¹⁰ Die skizzierten Positionen sind daher nicht repräsentativ für die allgemeine Haltung gegenüber Ausländern, bringen aber eine problematische Tendenz zum Ausdruck, aus der ausländerfeindliche Gewalttäter eine Legitimation ihres Handelns ableiten können. Die skizzierte

⁹ Die Liste populistischer Äußerungen von Politikern lässt sich weiterführen. Hierzu einige Beispiele:

- „Ich gehe nicht so weit wie ein Kommentator, der aber sicher vielen im Volke aus der Seele spricht, der von einer multikriminellen Gesellschaft gesprochen hat (Max Streibl [CSU] im bayrischen Landtag 1991)
- „Wir sind an die Grenze der Aufnahmefähigkeit von Ausländern angekommen, weil wir sie nicht mehr integrieren können“ (Roland Koch [CDU] am 19.8.2000 in einem BILD-Interview)
- „Die Grenze der Belastung ist überschritten“ (Helmut Kohl am 26.10.1992 in einer Rede auf einem CDU-Parteitag)
- „Wir brauchen weniger Ausländer die uns ausnützen, und mehr die uns nützen“ (Günther Beckstein [CSU] am 10.6.2000 im Focus)
- „Wir dürfen nicht mehr so zaghaft sein, bei ertappten ausländischen Straftätern. Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: raus und zwar schnell“ (Gerhard Schröder [SPD] am 20.7.1997 in Bild am Sonntag)
- „Die Zeit der Gastfreundschaft geht zu Ende“ (Jörg Schönbohm [CDU] am 31.8.1998 in der Berliner Zeitung)
- „Die Belastungsgrenze der Republik ist durch Zuwanderer überschritten.“ (Otto Schily [SPD] im November 1998 in einem Interview mit dem Berliner Tagesspiegel)

¹⁰ Vgl. dazu u.a. den von Arnswald, Geißler, Leutheusser-Schnarrenberger und Thierse (2000) herausgegebenen Band mit zahlreichen positiven Beispielen eines sensiblen und reflektierten Umgangs zur Thematik der Zu- und Einwanderung.

Medienberichterstattung fördert jedoch in Kombination mit den dargestellten Politikeraussagen ein ausländerfeindliches Klima, das zum Auslösen rechter Gewalttaten führen kann. Es stellt sich die Frage, mit welchen Mitteln diesen ausländerfeindlichen Tendenzen begegnet werden kann. Ein Baustein liefern dabei u.a. Solidaritäts- und Toleranzkampagnen für ein friedliches Miteinander zwischen Deutschen und Ausländern.

Antirassistische Kampagnen

Antirassistische Medienkampagnen haben in Deutschland speziell nach den fremdenfeindlichen Übergriffen von Rostock und Hoyerswerda zugenommen. Dabei wurden unterschiedliche Strategien gewählt, um für Toleranz und Solidarität gegenüber Ausländern aufzurufen.

Neben den durch Wirtschaftsunternehmen erfolgten Appellen an den sozio-ökonomischen Eigennutz aufgrund des Facharbeitermangels in vielen Branchen (z.B. „Ohne Ausländer wären wir ärmer“)¹¹ sind sensible und reflektierte Appelle an Mitmenschlichkeit und Mitgefühl beispielsweise durch die Friedrich Naumann Stiftung initiiert worden („Ein Mensch wie Du und ich“).

Neben Identifikationskampagnen mit Prominenten, die das Motto: „Ich bin ein Ausländer“ formulierten, wurden auch Furchtappelle wie „Heute die, morgen Du“, geschaltet, um vor der Bedrohung fremdenfeindlicher Übergriffe zu warnen. Strategien humorvoller Ironisierung (z.B. „Linkshänder raus“) dokumentieren weiterhin das kreative Potenzial derartiger Kampagnen (vgl. zusammenfassend Baringhorst 1998)

Insgesamt können Toleranz- und Solidaritätskampagnen eine wichtige – wenn auch nur symbolische – Rolle spielen, um Netzwerke und Identifikationsmöglichkeiten gegen fremdenfeindliche Gewalt zu initiieren.¹²

¹¹ Im Rahmen einer millionenschweren Werbekampagne will Bildungsministerin Bulmahn [SPD] ausländische Studenten dazu motivieren, nach Deutschland zu kommen, um hier eine Ausbildung zu absolvieren. Unter dem Motto „Hi Potentials! International Careers made in Germany“ werden entsprechende Plakate u.a. in Mexiko, der Türkei, Indien, Russland und China aufgehängt.

¹² Dazu einige aktuelle Beispiele:

- Die Rockmusiker Udo Lindenberg, Nina Hagen u.a. haben mit Unterstützung des Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (SPD) im Februar 2001 vier Konzerte durchgeführt, in denen zu Spenden für Opfer neonazistischer Gewalt und zum Engagement gegen Rechtsradikalismus aufgefordert wurde.
- Die ZEIT wirbt in Anzeigen mit verschiedenen Motiven (z.B. Springerstiefel) und dem Slogan: „Der Kampf gegen die Dummheit hat gerade erst begonnen“.

Ein über diese symbolischen Aktionen hinausgehender produktiver Ansatz stellt das von einer Reihe von Medienorganen initiierte „Netz gegen Rechts dar“, das im Internet über Aktionen gegen fremdenfeindliche Gewalt berichtet.¹³ Insgesamt können derartige Aktionen jedoch der Komplexität des Themas „Zu- und Einwanderung“ nicht gerecht werden. Um sich ein umfassendes Bild über die Situation von Ausländerinnen und Ausländern machen zu können, sind weitere Kenntnisse über ihre Lebens- und Herkunftsbedingungen erforderlich.

Integration und Segregation: Tendenzen zur „Parallelgesellschaft“

Nachdem bislang die Perspektive aus Teilen der bundesdeutschen Medien und einzelner Politiker zum Thema skizziert worden ist, soll im folgenden der Fokus auf die Lebenszusammenhänge der von Ausländerfeindlichkeit „betroffenen“ Migrantinnen und Migranten gerichtet werden. Dabei soll mit den Deutsch-Türken die quantitativ größte Gruppe der in Deutschland lebenden Ausländern unter besonderer Berücksichtigung des Medienverhaltens betrachtet werden, wodurch sich auch Maßstäbe für den Grad der Integration ableiten lassen.

Zunächst einige allgemeine Rahmendaten zur historischen und aktuellen Situation:

Die Anwerberbeabkommen der Bundesrepublik mit südeuropäischen Ländern seit den Fünfzigerjahren bilden die Grundlage einer verstärkten Zuwanderung. In den Jahren von 1950 bis 1998 sind rund 30 Millionen Menschen als Arbeitsimmigranten und -immigrantinnen, nachziehende Familienangehörige,

-
- Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung – Marieluise Beck – initiierte eine Plakataktion mit Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, die ein weißes T-Shirt mit dem Aufdruck: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ tragen, auf dem auch der Bundesadler abgebildet ist.
 - Künstler entwerfen Plakate unter dem Motto „Anschläge gegen rechte Gewalt“
 - Die Illustrierte Stern bringt eine CD mit dem Titel „Mut gegen rechte Gewalt heraus, für die Prominente Musikstücke ausgewählt haben, die sie mit Gewaltfreiheit und Demokratie verbinden.

¹³ An diesem Netzwerk beteiligen sich u.a. die Tageszeitungen Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Bild, Die Welt, Süddeutsche Zeitung, Berliner Zeitung sowie die Wochenblätter Spiegel und die Woche. Ausserdem sind die Fernsehsender ARD, Arte und die Deutsche Welle involviert. Inhaltliche wird u.a. über Hilfsmaßnahmen für Neonazi-Aussteiger sowie Schüleraktionen und Musikveranstaltungen gegen rechte Gewalt berichtet (www.netzgegenrechts.de).

Aussiedler oder als deutsche Staatsbürger aus dem Ausland nach Deutschland gekommen (vgl. Münz/Seifert/Ulrich, 1999, 18ff.). Inzwischen leben mehr als 2,4 Mio. türkische Staatsbürger aus drei Generationen in Deutschland (vgl. Weiß u.a 2000). Weitere 220.000 eingebürgerte „neue“ Deutsche türkischer Herkunft verfügen inzwischen über einen deutschen Pass (vgl. Sauer/Goldberg 2001).

Eine unlängst vom Zentrum für Türkeistudien im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein Westfalen (NRW) herausgegebene Untersuchung (Sauer/Goldberg 2001) hat im Rahmen einer Langzeitstudie eine Mehrthemenbefragung mit Daten zur Lebenssituation und Partizipation türkischer Migranten in NRW durchgeführt, um Integrationserfolge und -defizite aus der Perspektive der Migranten aufzuzeigen. Auf der Basis einer vollstandardisierten, computerunterstützten Telefonumfrage von 1000 volljährigen Personen türkischer Herkunft vom Juni 2000 gelangt die Untersuchung zu dem Ergebnis, dass eine breite Mehrheit der Befragten persönliche Kontakte zu Deutschen besitzt, mehr als 80% mit ihren Wohnverhältnissen zufrieden sind und zwei Drittel keine Rückkehr in die Türkei planen. Als problematisch wird die Arbeitsplatzperspektive aufgrund der schlechten Schul- und Ausbildungssituation in Deutschland wahrgenommen. Mehr als die Hälfte der befragten Personen schätzt die Sprachkompetenz beim Verstehen des Deutschen mittelmäßig bis schlecht ein und das Interesse am politischen System in Deutschland bzw. der Politik in der Bundesrepublik ist nach wie vor geringer ausgeprägt als an der türkischen. Weiterhin ist herausgearbeitet worden, dass mehr als 90 % der befragten Deutsch-Türken Fremdenfeindlichkeit für ein zentrales Problem in NRW halten, zumal jeder siebte Muslim bzw. Muslimin bereits negative Erfahrungen im Umgang mit Deutschen aufgrund seiner bzw. ihrer Religionszugehörigkeit gemacht hat.

Ansätze zu „Parallelgesellschaften“ und die Entwicklung einer gemeinsamen Politischen Kultur

Vor allem Deutsch-Türken¹⁴ stellen einen zentralen wirtschaftlichen und kulturellen Faktor in der Bundesrepublik dar.¹⁵ Offen ist allerdings noch die Frage, inwiefern dieser von der Bildung einer „Parallelgesellschaft“ (vgl. Oberndörfer 2001) begleitet ist. In Stadtteilen mit einem hohen Anteil an türkischen Zuwanderern ist der Aufbau eines infrastrukturellen Komplexes zu beobachten.

Die Gruppen aus den jeweiligen Herkunftsländern bilden parallel zur Mehrheitsgesellschaft, in der sie leben, noch einmal alle wichtigen Institutionen und sozialen Beziehungsgeflechte in Teilgesellschaften ab. Neben religiösen Gemeinden, politischen Organisationen und ökonomischen Verbänden wird diese Entwicklung auch durch die Mediennutzung landessprachlicher Fernsehprogramme und Printmedien geprägt.

In diesen ansatzweisen „Parallelgesellschaften“ steht die Selbststabilisierung der Persönlichkeit durch das soziale Umfeld, Hilfs- und Orientierungsfunktionen für Neuankommende, Förderung gegenseitiger Selbsthilfe auf der Basis vertrauter Verhaltensgewohnheiten sowie die Verbesserung der Chancen zur Repräsentation der Gruppeninteressen nach außen im Mittelpunkt. Neben solchen positiven Tendenzen können sich aber durch derartige Prozesse auch negative Entwicklungen ergeben, da diese strukturelle Segregation eine prinzipielle Distanz zur Mehrheitsgesellschaft nach sich ziehen kann.

Es besteht etwa die Tendenz zur Bildung „Transatlantischer Räume“, in denen sich ökonomische, politische und kulturelle Beziehungen zwischen Personen und Kollektiven außerhalb der jeweiligen Staatsgrenzen des Herkunftslands verdichten. Dabei bezieht sich der Raum nicht nur auf

¹⁴ Der Begriff der „Deutsch-Türken“, der im Folgenden verwendet wird, bezieht sich nicht auf die Staatsangehörigkeit, sondern spiegelt die Tatsache wider, dass laut der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen für die meisten Ausländer und Ausländerinnen die Bundesrepublik Deutschland zum faktischen Lebensmittelpunkt geworden ist. Dies ist u.a. auf die Aufenthaltsdauer zurückzuführen: So lebten Ende 1999 ein Drittel aller Ausländer und Ausländerinnen schon zwanzig Jahre und länger in Deutschland, 40 % hatten Aufenthaltszeiten von mehr als fünfzehn Jahren und mehr als die Hälfte Aufenthaltszeiten von mehr als zehn Jahren, vgl. Daten und Fakten zur Ausländersituation, Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.), 19. Aufl., Berlin im Oktober 2000.

¹⁵ Rund 4% aller Türken in Deutschland sind selbständig. Bundesweit existieren etwa 80.000 türkische Betriebe mit ca. 250.000 Arbeitsplätzen und einen Jahresumsatz von 25 bis 39 Milliarden DM (vgl. Schulte 2001). Einer Prognose zufolge wird die Zahl der Unternehmer sich bis zum Jahr 2010 voraussichtlich verdoppeln; der Umsatz gar verfünffachen. Darüber hinaus werben immer mehr deutsche Unternehmen in türkischen Medien und der Geschäftszweig des „Ethnomarketing“ gewinnt zunehmend an Bedeutung. Einige türkische Betriebe sind Medienunternehmen wie Metropol FM, Persembe oder Vabee.com.

physische Gegebenheiten, sondern auch auf makrostrukturelle Voraussetzungen in Form von sozialen und symbolischen Bindungen von Gemeinschaften (vgl. Faist 2000).

Faktisch bestehen jedoch Tendenzen von Einwanderern, sich nach Herkunftsländern in Teilgesellschaften zu segregieren, die auch jeweils eigenständige politische Öffentlichkeiten bilden.

Die Chancen zum Erwerb der für die gleichberechtigte Partizipation in der Mehrheitsgesellschaft notwendigen Fähigkeiten zur Erlangung von Sprach-, Bildungs- und beruflichen Kenntnissen kann durch die Segregation eingeschränkt werden. Das, was sich am Anfang des Aufenthaltes in der Mehrheitsgesellschaft als Schleuse für die Selbststabilisierung und Orientierung erweist, kann dann später zu einer fortwährenden Erneuerung von Begrenzungen, Defiziten in Sprach- und sonstigen Kenntnissen über die Mehrheitsgesellschaft führen und dadurch Integrationshindernisse aufbauen.

Gleichwohl wird deutlich, dass die hier lebenden Deutsch-Türken bis auf ihren Migrationshintergrund nicht mehr viel gemeinsam haben: In den Gruppen der ersten, zweiten und dritten Einwanderergeneration spiegeln sich gesellschaftliche Segmentierungen durch unterschiedliche soziale Schichten, Bildungsniveaus und unterschiedliche Religionen und Religionsverständnisse wieder.¹⁶

Mediennutzung von Deutsch/Türken

Eine wesentliche Grundlage für den Integrationsprozess in Deutschland bildet das Erlernen der Sprache der Mehrheitsgesellschaft, die u.a. auch durch entsprechende Medienrezeption vermittelt werden kann. Der Grad der Integration dürfte infolgedessen davon abhängen, dass u.a. auch durch die Art und Weise des Medienkonsums durch Deutsch-Türken in Deutschland ihre Bereitschaft und ihre Fähigkeit zu Integrationsleistungen beeinflusst wird.

Es stellt sich die Frage, welche medienspezifischen Arrangements die Orientierung und Integration von Einwanderern begünstigen bzw. behindern. Zunächst muss also nach den Wirkungen von Mediennutzungsverhalten in diesem Zusammenhang gefragt werden.

¹⁶ Mehr als 22.000 türkische Studierende sind an deutschen Hochschulen eingeschrieben und erfahren somit eine verbesserte schulische Bildung und Berufsqualifikation als die erste Einwanderergeneration. Mehr als 50.000 türkische Selbständige erwirtschafteten 1998 einen Jahresumsatz von 46,1 Mrd. DM und schafften mehr als 260.000 Arbeitsplätze (vgl. Zentrum für Türkeistudien 1999, S. 108).

Die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland informiert sich über das Geschehen in der Gesellschaft primär über Presse, Hörfunk und das „Leitmedium“ Fernsehen. Im Rahmen des Grundversorgungsanspruches sollen in erster Linie die öffentlich-rechtlichen Medien durch ihre Berichterstattung die politische Partizipation fördern. Im Falle der Migranten und Migrantinnen sollen sie dementsprechend durch die Präsentation von Informationen und die Herstellung von Vertrautheit auch die Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft fördern. Für die Mitglieder einer Gesellschaft stellen Medien einen wichtigen Zugang dar, um den Wandel zu einer durch verschiedene Migrationshintergründe geprägten multi-kulturellen Gesellschaft zu begreifen und dabei neue Formen der Identitätsbildung und Integration zu eröffnen. Da Deutsch-Türken ein von den übrigen Gruppierungen der Gesellschaft zu unterscheidendes Mediennutzungsverhalten aufweisen, muss dies zum Ausgangspunkt der Analyse werden.

Die Rezeption türkisch- und deutschsprachiger Medienangebote hängt von der Lebenssituation, dem Integrationsstatus, der Sprachkompetenz und den Informations- und Unterhaltungsinteressen ab.

In der Bundesrepublik sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt neun Tageszeitungen und zwei Wochenzeitungen aus der Türkei erhältlich. Darüber hinaus existieren in Deutschland eine Reihe von Presseorganen, die von deutsch-türkischen Journalisten auf den Markt gebracht worden sind.¹⁷ Türkischsprachige

¹⁷ Die inzwischen eingestellte Zeitschrift „etap“ unter der Redaktionsleitung von Ozan Sinan beschäftigte sich mit dem deutsch-türkischen Leben. Innerhalb des deutschsprachigen Lifestyle-Magazins, das vorwiegend für ein jüngeres Publikum konzipiert worden ist, wurde neben Kultur-, Mode- und Ratgeberthemen über binationale Ehen ebenso berichtet wie über das Erdbeben in der Türkei. Seit April 1999 existiert die kostenlose Zeitschrift „TÜRKIS“ mit dem türkischen TV-Programm auf dem deutschen Markt, das in der Januarausgabe vom Chefredakteur Hakan Uzan als Produkt von Wünschen, Hoffnungen und Idealen der jungen türkischen Generation angepriesen wird. Dort finden sich Portraits türkischer Musiker und Sportler, Kultur- und Freizeitberichte. Eine primär kommerzielle Ausrichtung verfolgt die Anzeigenpublikation NRW Rehberei, die in ihrem Branchenverzeichnis einen Überblick über türkische Waren- und Dienstleistungsanbieter in Nordrhein-Westfalen in überwiegend deutscher Sprache vermittelt. Das Verzeichnis wird durch türkischsprachige Bürgerinformationen zu den Themen Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, Staatsbürgerschaftsangelegenheiten und Eheschließungen ergänzt.

Weiterhin hat sich die Fachzeitschrift für Medienberufe „Sage und Schreibe“ 3&4 (1999) dem Thema „Ausländer in den deutschen Medien“ gewidmet. In der Ausgabe von „SPIEGEL-Reporter“ (2/2000) diskutieren die TV-Moderatorin Nadja Abd El Farrag, der Autor Feridun Zaimoglu und der grüne Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir über den Stand der Dinge bei der Integration von Ausländern in Deutschland. Eine differenzierte Berichterstattung zum Thema findet sich auch im Heft „ZEITPUNKTE“ (2/1999), wo das Thema „Türken in

Programme, die in Deutschland produziert werden, gewinnen an Bedeutung.¹⁸ Rund 85% aller deutsch-türkischen Haushalte besitzen eine Satellitenschüssel, mit der sie türkische Programme empfangen können. Von 1992 bis 2001 hat sich der Anteil türkischer Programme, die über Satellit empfangen werden können, von 4 auf 20 erhöht.

Faktisch nutzen fast die Hälfte der Deutsch-Türken in der Bundesrepublik seit der Verfügbarkeit ausländischer Satellitenprogramme und Kabelplätze türkischsprachige Programme und zu mehr als der Hälfte heimat Sprachliche Tageszeitungen (vgl. Eckard 2000, Güntürk 2000).

Die vorliegenden Studien zu den Mediennutzungsgewohnheiten der in Deutschland lebenden Türcinnen und Türken kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Eine im Auftrag der Bundesregierung erstellte repräsentative Studie von 1842 Interviewten ab 14 Jahre von Weiß und Trebbe (2001) hat den Stellenwert deutscher und türkischsprachiger Fernseh- und Radioprogramme, sowie Printmedien untersucht.¹⁹ Die Untersuchung gelangt zu dem Ergebnis, dass nur 17% der in Deutschland lebenden Türken ausschließlich türkischsprachige Medienangebote nutzt, während 28% sich ausschließlich deutschen Medien widmen. Die Nutzungs- und Verweildauer des deutschsprachigen und des türkischsprachigen Fernsehens ist in etwa gleich hoch.

Deutschland“ unter dem Aspekt „Ihre Sorgen, ihre Erfolge, ihre Zukunft“ aufgegriffen worden ist.

¹⁸ Neben der Einrichtung des „Funkhaus Europa“ vom WDR sei an dieser Stelle nur auf den Antrag zur Erteilung einer Mittelfrequenz der Deutsch-Türkischen Medien GmbH bei der Landesanstalt für Rundfunk in Düsseldorf für einen deutsch-türkischen Radiosender in Nordrhein-Westfalen verwiesen. Das Modell soll sich vor allem an die in Deutschland lebenden Türken richten und ein 24stündiges Vollprogramm liefern. Durch dieses Angebot soll der spezifisch sozio-kulturelle Hintergrund von Einwanderern aus der Türkei in Deutschland berücksichtigt werden. Der Erfolg des Vorhabens hängt jedoch zentral von der Resonanz der potenziellen Hörer und Hörerinnen ab. Das Modell eines türkischen Privatradios im Sender Freies Berlin (SFB), das nur wenige Stunden pro Woche ausgestrahlt wird, verfügt mit einer Einschaltquote von etwa 2% über eine extrem niedrige Reichweite. Ein positiveres Beispiel bietet der Rundfunksender „Radyo 94,8 metropol FM“, der nach einer Untersuchung der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats von nahezu drei Vierteln aller deutsch-türkischen Hörer und Hörerinnen der Region rezipiert wird. Inzwischen gibt es Europaseiten in türkischsprachigen Tageszeitungen und die deutsche ‚taz‘ bringt wöchentlich eine deutsch-türkische Beilage mit dem Titel ‚persembe‘ heraus (vgl. Schulte 2001).

¹⁹ Die „face to face“- Befragungen wurden jedoch überwiegend in deutscher Sprache durchgeführt.

Eine Studie von Schulte (2001) gelangt hingegen zu konträren Ergebnissen. Deutsch-Türken nutzen seiner Untersuchung zufolge in ihrer überwiegenden Mehrheit türkische Medien.

Die Marktanteile im Fernsehen von türkischen Programmen liegen laut seiner Telefonumfragen mit ca. 2500 Personen bei rund 75%, während etwa 25% deutsche Programme rezipieren. Das Fernsehen stellt mit Abstand die wichtigste Informationsquelle für Nachrichten dar und spielt die zentrale Rolle in der Gestaltung der heimischen Freizeit. Der durchschnittliche Fernsehkonsum der Deutsch-Türken pro Tag liegt bei rund 5 Stunden und ist damit mehr als doppelt so hoch wie bei den Deutschen (2,1 Stunden). Geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich dabei kaum feststellen. Bei den Inhalten dominiert das Interesse an Unterhaltung, gefolgt von Information und „Action“ (vorwiegend amerikanische Filme). Der quantitative Medienkonsum nimmt bei zunehmendem Haushaltsaufkommen und höherem Sozialstatus geringfügig ab.

Die Vorliebe von Deutsch-Türken für türkische Medien stellt Schulte zufolge ein Phänomen dar, das nahezu unabhängig vom Alter, dem Geschlecht, Einkommen, der Aufenthaltsdauer und der formalen Integration stattfindet. Schließlich spielen in der türkischen „Medienwelt“ die bundesrepublikanische Gesellschaft und Politik nur eine marginale Rolle. Stark verkürzte und einseitige Informationen, so die Kritik, werden vermittelt, die so gut wie keinen Bezug zum Alltag der Migranten und Migrantinnen in Deutschland haben. Diese Entwicklung bestätigt auch eine Untersuchung des Zentrums für Türkeistudien (1996, S. 46): „Deutschland und die in Deutschland lebenden Deutsch-Türken spielen für die türkischen Fernsehsender nur eine geringe Rolle. Die Konturen eines Deutschlandbildes erscheinen daher aufgrund der geringen Zahl der Bezüge auf Deutschland, die an den Untersuchungstagen gefunden wurden, höchstens fragmentarisch.“ Ein zentrales Integrationshindernis auf seiten der Einwanderer entsteht durch die überwiegende Innengerichtetheit der Aufmerksamkeit für gesellschaftliche und politische Sachverhalte sowie der praktizierten Kommunikation. Diese Tendenz wird durch die Nutzung eigensprachlicher Medien, wie Fernsehen, Tageszeitungen und Videos zusätzlich forciert. Dieses Mediennutzungsverhalten ist insbesondere bei der deutsch-türkischen Minderheit in Deutschland zu beobachten. Durch die medienzentrierte Konzentration auf die im Herkunftsland vorherrschenden Probleme, Konfliktlinien, Themen und Sichtweisen kann eine dauerhafte Entfremdung von den Themen der Mehrheitsgesellschaft erfolgen.

Es wird prognostiziert, dass sich als Reaktion auf eine aktuelle Minderheiten- und Entfremdungssituation unter Migranten und Migrantinnen Erinnerungsfragmente aus der Heimatkultur zu einer Ersatzidentität verformen, die zur Stabilisierung des Selbstwertgefühls dient.

Dennoch fungieren Medien lediglich als Verstärker für bereits vorhandene Einstellungen. Insofern kann eine potenzielle Entfremdung vom Immigrationsland nicht monokausal z.B. auf die überwiegende Nutzung türkischsprachiger Medienangebote zurückgeführt werden. Bei der Gesamtbewertung spielen die außerhalb der Medien liegenden Einflüsse zur Isolierung und der ggf. fehlenden sozialen Mobilität eine entscheidende Rolle (vgl. Heinemann/Kamcili 2000). In ihrer Funktion als Verstärker können Medien allerdings die Entwicklung einer Politischen Kultur wesentlich mitbeeinflussen. Von daher ist nach den Auswirkungen der mehrheitlichen Nutzung von Medien aus dem Herkunftsland auf Migranten und Migrantinnen zu fragen.

Fazit

Es ist offen, ob die Integration etwa von Deutsch-Türken in der Bundesrepublik durch das Medienrezeptionsverhalten begünstigt oder behindert werden kann, oder ob der Konsum von überwiegend türkischen Programmen dazu beiträgt, dass die Bildung von Parallelgesellschaften begünstigt wird (vgl. Hafez 2001). Der Einfluss türkischer Medien auf die in Deutschland lebenden Migranten und Migrantinnen kann als ambivalent klassifiziert werden. Einerseits bieten türkischsprachige Medien die Möglichkeiten, aktuelle Entwicklungen im Herkunftsland zu verfolgen, und können damit in dieser Hinsicht identitätsfördernd wirken. Andererseits sind Rückzugstendenzen in eine eigene ethnisch-kulturell inszenierte Ersatzidentität zu beobachten, die ggf. die bereits vorhandene Isolation unterstützen und eine Abschottung der türkischsprachigen Bevölkerung im medialen Bereich nach sich ziehen, da dort so gut wie keine Informationen über Deutschland vermittelt werden. Der gegenseitige Austausch als Voraussetzung für die Entwicklung von gemeinsamen Grundzügen einer demokratischen Politischen Kultur kann demzufolge nicht stattfinden. Die Schaffung von Begegnungs- und Kooperationsmöglichkeiten zwischen Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft ist m. E. zwingend erforderlich, um die Integrationskompetenz auf beiden Seiten zu erarbeiten, die als Basis für die Gewährleistung eines verfassungsrechtlich notwendigen Mindestmaßes an

Offenheit, Vertrauen, individueller Entfaltungschancen, Partizipation und Freiheitsspielräumen erforderlich ist. Welche Rolle dabei insbesondere die Mediennutzung und die Medienberichterstattung einnehmen, ist genauer zu untersuchen. Aufgrund der integrations- und medientheoretisch vorliegenden Befunde liegt die Hypothese nahe, dass es nicht integrationsförderlich sein kann, wenn Migranten und Migrantinnen nur wenige Informationen der Gastgesellschaft rezipieren, in der sie leben.

Es ist davon auszugehen, dass die Mehrheits- und Minderheitskulturen in den Massenmedien sowohl bei der Berichterstattung als auch bei der Rezeption angemessen berücksichtigt werden müssen, damit beide Gruppen Empathie und Verständnis für die verschiedenen – wenn auch nicht für alle – Möglichkeiten der Lebensgestaltung erlangen können.

Ausgangspunkt für Intergrationsbemühungen sollte also die Anerkennung von Pluralität in der sozio-kulturellen Ausdrucksweise sein. Schließlich muss soziale Integration immer wieder unter den Bedingungen des sich verändernden sozialen Wandels neu geschaffen werden.

Angesichts der latenten und offenen Diskriminierung ist es jedenfalls nicht erstaunlich, dass Migrantinnen und Migranten sich von der Aufnahmegesellschaft sowohl durch den Medienkonsum heimatssprachlicher Programme als auch durch den Rückzug in sogenannte „Parallelgesellschaften“ abgrenzen.

Die skizzierten ausländerfeindlichen Entwicklungen in Bezug auf die Medienberichterstattung über Ausländer stehen in einem krassen Gegensatz zu den normativen Erwartungen an eine Politikvermittlung, die den Anspruch erhebt, differenziert und glaubwürdig zu berichten. So ist sie im Gegenteil angehalten, zur Toleranz beizutragen, für Menschenrechte einzutreten, sowie positive Beispiele und Identifikationsmöglichkeiten zu schaffen.²⁰

Es ist zu klären, welche Maßnahmen insgesamt erforderlich sind, um die Integration von Deutsch-Türken in Deutschland durch die Medienberichterstattung voranzutreiben. Folgende Fragen können dabei zu Kriterien für einen angemessenen Medienumgang mit Minderheiten mit Migrationshintergrund führen:

- In welcher Form werden Einwanderer und Einwanderinnen in den deutschen Medien dargestellt?

²⁰ Dies gilt natürlich auch für die Aussagen der Politiker, die über die Medien transportiert werden.

- Werden sie eher als abgegrenzte problematische Minderheit oder als integraler Bestandteil einer multi-kulturellen Gesellschaft wahrgenommen?
- Tragen Medien zur Orientierung und Integration von Migranten bei oder lassen die empirischen Befunde eher Tendenzen zur Desinformation und Desintegration vermuten?
- Werden den Menschen der zweiten und dritten Einwanderergeneration ausreichend Möglichkeiten geboten, adäquat an sozialen Zusammenhängen, Lebensstilen und Ereignissen in dem Land zu partizipieren, in dem sie ihren Lebensmittelpunkt haben?

Durch die Beantwortung dieser Fragen kann eine reflektierte Beurteilung der Qualität von Medieninhalten angeregt werden, die Stigmatisierungen vermeidet. Die Grundlagen einer integrativen Berichterstattung sind u.a. folgende Leitlinien (vgl. Ruhrmann 1999a):

- Migranten und Migrantinnen sollten als sozial autonome und politische Individuen wahrgenommen werden und nicht nur als Repräsentanten einer bestimmten Nationalität.
- Die wirtschaftlichen Leistungen von Arbeitskräften nicht-deutscher Herkunft sollten im Rahmen der journalistischen Berichterstattung einen angemessenen Raum einnehmen.
- Die deutsch-ausländischen Austauschprogramme im Bereich von Kultur, Politik und Bildung sollten ebenfalls in den Presseorganen eine adäquate Berücksichtigung finden.
- Die Medienkompetenz von Migranten und Migrantinnen sollte gefördert werden.

Grundsätzlich sollten die Probleme und Verständigungsprobleme im wechselseitigen Umgang zwischen Deutschen und Menschen nicht-deutscher Herkunft keinesfalls tabuisiert werden. Wechselseitige Anpassungsprozesse und das Bemühen, die spezifischen Charakteristika und die Sprache des der jeweils anderen Kultur zu verstehen, sind wichtig, um ein friedliches und tolerantes Nebeneinander zu gewährleisten. Differenzen müssen im Rahmen der Medienberichterstattung benannt werden, um potenzielle Kompromisse und Lösungsvorschläge bei Kontroversen aufzuzeigen.

Ausblick: Die aktuelle Debatte um die Zu- und Einwanderung

Im Kontext der aktuellen politischen Debatte zur „Zu- und Einwanderung“ zeichnet sich derzeit eine Kontroverse zwischen den Koalitionsparteien im Bund zwischen der SPD und ‚Bündnis90/Grüne‘ ab, da die Positionen zwischen beiden Parteien in dieser Frage weit auseinander liegen. Weiterhin ist die Bundesregierung auf einen Kompromiss mit den Oppositionsparteien angewiesen, um die Zustimmung des geplanten Zuwanderungsgesetzes durch den Bundesrat zu erhalten. Konkret werden Papiere zur Gestaltung der Zuwanderung der von Bundeskanzler Schröder eingesetzten überparteilichen Kommission unter der Leitung der ehemaligen Bundespräsidentin Süssmuth (CDU) und ein weiterer Entwurf unter der Federführung des saarländischen Ministerpräsidenten Müller (CDU) zur Zu- und Einwanderung diskutiert. Darüber hinaus wird ein Regierungsentwurf zu einem Zuwanderungsgesetz des Bundesinnenministers Schily (SPD) innerhalb der Regierung und mit der Opposition kontrovers erörtert, der die Zuwanderung von Arbeitskräften regeln soll, sowie das Ausländerrecht und weite Teile des Asyl- und Flüchtlingsrechtes bearbeitet.²¹

Stichwortartig lassen sich eine Reihe ganz unterschiedlicher Diskurse zum Thema aufzeigen, die kontrovers diskutiert werden. Dazu gehören:

- die Debatten zur deutschen Leitkultur, zum Nationalstolz und zur nationalen Identität,
- die differenzierte Beurteilung von Spätaussiedlern und Asylbewerbern,
- Fragen der Integration u.a. durch Sprachkurse sowie schulische und berufliche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen,
- die Differenzierung bei der „Niederlassungserlaubnis“ von hochqualifizierten Ausländern und der begrenzten „Aufenthaltserlaubnis“ von Asylbewerbern und Flüchtlingen,
- Fragen der inneren Sicherheit,
- Aspekte des Familienzuzuges,
- Bekämpfung des Asylmissbrauchs bei gleichzeitigem Erhalt des Flüchtlingsschutzes,
- Fragen der Entscheidungskompetenzen und Zuständigkeiten bei der Entscheidung über die Integrationspolitik u.a. zwischen dem

²¹ An der Debatte beteiligen sich darüber hinaus u.a. die Wohlfahrtsverbände, die Ausländerbeauftragten, das Flüchtlingsamt und die Arbeitsgemeinschaften der Flüchtlinge, die Arbeitgeber und Gewerkschaften Richtervereinigungen sowie Menschenrechtsorganisationen. Nach den Terroranschlägen in den USA am 11.9.2001 werden zur Zeit bereits Fragen der inneren Sicherheit kontrovers diskutiert. Es ist zu erwarten, dass die Debatte auch Konsequenzen für das Zuwanderungsgesetz hat.

Innenministerium und anderen Ressorts (z.B. Arbeits- und Sozialministerium)

Das Zuwanderungsgesetz soll noch in dieser Legislaturperiode bis zur nächsten Bundestagswahl im September 2002 verabschiedet werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass das Thema „Zu- und Einwanderung“ sowie „Nationale Identität“ eine zentrale Rolle im bevorstehenden Bundestagswahlkampf spielen wird.²² Insofern wird eine kontroverse über die Medien vermittelte öffentliche Debatte erfolgen. Es ist zu befürchten, dass diese Debatte im Wahlkampf erneut über ein hohes Polarisierungspotenzial verfügt, weniger den Regeln sachlicher Argumentation sondern vielmehr den Maximen der Diffamierung folgt. Es bleibt zu hoffen, dass sich aus derartigen Entwicklungen keine Ausländerfeindlichkeit ableitet, aus denen dann auch gewalttätige Übergriffe resultieren können. Angesichts der bereits jetzt zu beklagenden fremdenfeindlichen Angriffe auf Muslime in Deutschland nach den Terroranschlägen in Amerika am 11.9.2001 ergeben sich eher pessimistische Perspektiven.

LITERATUR

- Arnswald, Ulrich / Geißler, Heiner / Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine / Thierse, Wolfgang (Hrsg.) (2000): Sind die Deutschen ausländerfeindlich? 49 Stellungnahmen zu einem aktuellen Thema, Zürich.
- Baringhorst, Sigrid (1998): Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität. Opladen, Wiesbaden.
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.) (2000): Daten und Fakten zur Ausländersituation, 19. Aufl., Berlin im Oktober 2000.
- Butterwegge, Christoph / Hentges, Gudrun / Sarigös, Fatma (Hrsg.) (1999): Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen.
- Butterwegge, Christoph (1999): Massenmedien, Migrant(inn)en und Rassismus. In: Butterwegge, Christoph / Hentges, Gudrun / Sarigös, Fatma (Hrsg.): Medien und multikulturelle Gesellschaft., Opladen, S. 64-89.
- Eckhardt, Josef (2000): Mediennutzungsverhalten von Ausländern in Deutschland. In: Schatz, Heribert / Holtz-Bacha, Christina / Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Migrantinnen und Medien. Neue Herausforderungen an

²² Dies ist zumindest von den Unionspolitikern Roland Koch, Friedrich Merz und Michael Glos angekündigt worden.

- die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk, Wiesbaden, S. 265-271.
- Faist, Thomas (2000): Grenzen überschreiten. Transstaatliche Räume und seine Anwendungen. In: Faist, Thomas (Hrsg.): Transstaatliche Räume. Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei. Bielefeld, S. 9-56.
- Fiske, John (1987): Television Culture, New York.
- Geißler, Rainer (2000): Bessere Präsentation durch bessere Repräsentation. Anmerkungen zur medialen Integration von ethnische Minderheiten. Schatz, Heribert / Holtz-Bacha, Christina / Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk, Wiesbaden, S. 129-146.
- Güntürk, Reyhan (2000): Mediennutzung der türkischen Migranten. In: Schatz, Heribert / Holtz-Bacha, Christina / Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk, Wiesbaden, S. 272-280.
- Gür, Gürsel (1998): Das Türkeibild in der deutschen Presse unter besonderer Berücksichtigung der EU-Türkei-Beziehungen, Frankfurt am Main.
- Hafez, Kai (2001): Globalisierung, Ethnisierung und Medien: Eine „Parallelgesellschaft“ durch türkischen Medien in Deutschland? In: Becker, Jörg / Behnisch, Reinhard (Hrsg.): „Zwischen Abgrenzung und Integration – Türkische Medienkultur in Deutschland“. Dokumentation einer Tagung vom 28. bis 30. Januar 2000 der Evangelischen Akademie Loccum, Loccumer Protokolle 3/00, Loccum 2001, S. 37- 48.
- Hansen, Leo / Lang, Tilman / Neumann, Ursula (2001): Einleitung. In: Hamburgische Anstalt für neue Medien (Hrsg.) (2001): Medien – Migration – Integration: elektronische Massenmedien und die Grenzen kultureller Identität, S. 9-14.
- Heinemann, Lars / Kamcili, Fuat (2000): Unterhaltung, Absatzmärkte und die Vermittlung von Heimat. Die Rolle der Massenmedien in deutsch-türkischen Räumen, Bielefeld, S. 113-158.
- Heitmeyer, Wilhelm (1997): Fundamentalismus, Frankfurt am Main.
- Jarren, Otfried (2000): Gesellschaftliche Integration durch Medien?, Zur Begründung normativer Anforderungen an Medien. In: Medien- und Kommunikationswissenschaft 1/2000, S. 22-41.
- Jungk, Sabine (1999): „Mehr Farbe in den Medien – ein Modellprojekt zur interkulturellen Öffnung von Rundfunkanstalten. In: Butterwegge, Christoph

- / Hentges, Gudrun / Sarigös, Fatma (Hrsg.): Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen, S. 207-227.
- Maletzke, Gerhard (1996): Interkulturelle Kommunikation. Zur Interaktion zwischen Menschen verschiedener Kulturen, Opladen.
- Maletzke, Gerhard (1980): Integration – eine gesellschaftliche Funktion der Massenkommunikation. In: Publizistik 1/1980, S. 199-206.
- Meißner, Bettina / Ruhrmann, Georg (2000): Das Ausländerbild in den Thüringer Tageszeitungen 1995-1999. Eine quantitative und qualitative Inhaltsanalyse, Erfurt.
- Meyer, Thomas / Schicha, Christian / Brosda, Carsten (2001): Diskurs-Inszenierungen. Zur Struktur politischer Vermittlungsprozesse am Beispiel der Debatte zur ökologischen Steuerreform, Wiesbaden.
- Münz, Rainer / Seifert, Wolfgang / Ulrich, Ralf (1999): Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven, 2. aktualis. und erw. Aufl., Frankfurt am Main.
- Oberndörfer, Dieter (2001): Dialog der Kulturen oder Parallelgesellschaft – Funktionen und Wirkungen fremdsprachlicher Medienangebote. In: Hamburgische Anstalt für neue Medien (Hrsg.): Medien – Migration – Integration: elektronische Massenmedien und die Grenzen kultureller Identität, S. 15-25.
- Ruhrmann, Georg (1999a): Medienberichterstattung über Ausländer: Befunde – Perspektiven – Empfehlungen. In: Butterwegge, Christoph / Hentges, Gudrun / Sarigös, Fatma (Hrsg.): Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen, S. 95-108.
- Ruhrmann, Georg (1999b): In der Mehrzahl Neaktiv-Images. In: Sage und Schreibe 3 &4/1999, S. 10-11.
- Sarcinelli, Ulrich (1997): Politische Kommunikation und multikulturelle Gesellschaft. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens zur Konfliktgesellschaft, Frankfurt am Main, S. 403-424.
- Sauer, Marina / Goldberg, Andreas (2001): Die Lebenssituation und Partizipation türkischer Migranten in NRW, Münster
- Saxer, Ulrich (1990): Integrationsrundfunk und multikulturelle Gesellschaft. In: Medien Perspektiven 11/1990, S. 717-728
- Schatz, Heribert / Holtz-Bacha, Christina / Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.) (2000): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk, Wiesbaden.

- Schicha, Christian (2000): Repräsentation durch Präsentation. Zum Stand der türkischen Medienkultur in Deutschland. In: Becker, Jörg / Behnisch, Reinhard (Hrsg.): Zwischen Abgrenzung und Integration. Türkische Medienkultur in Deutschland. Loccum.
- Schicha, Christian (2000): Medien und Migranten. Informationen zwischen Vorurteil und Verständigung. In: Zeitschrift für Kommunikationsökologie 2/2000, S. 6-10.
- Schicha, Christian /Trampe, Wilhelm (2001): Türkische Medienkultur in Deutschland II – Zwischen Autonomie und Gängelung vom 23. – 25.3.2001 an der Evangelischen Akademie Loccum am 24.3.2001. In: Zeitschrift für Kommunikationsökologie 2/2001, S. 55-57.
- Schulte, Joachim (2001): Reichweitenerhebungen für türkische Fernsehsender in Deutschland (Ms)
- Weiß, Hans-Jürgen u.a. (Hrsg.) (2001): Mediennutzung und Integration der türkischen Bevölkerung in Deutschland. Ergebnisse einer Umfrage des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Potsdam.
- Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) (1995): Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit. Eine theoretische und empirische Analyse zur Fremdenfeindlichkeit, Opladen.
- Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) (1996): Telefonbefragung zum Medienkonsumverhalten der türkischen Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Medienanalyse zum Deutschlandbild türkischer Fernsehsender, Essen.